Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

SV — Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 31 — Olpe, Mittwoch, den 6. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Französische Liebeswerben in London.

Frankreichs Bemühungen um eine Verständigung mit England.

Der entscheidene, nur von englischen Rücksichten diktierte Kurs, den der neue englische Premierminister, der Arbeiterführer Macdonald in der Außenpolitik eingeschlagen hat, rief in Frankreich starke Bedenken hervor. Mochte in den ersten Tagen Macdonald in Paris stark verschnupft haben und lächelten und spöttelten auch Pariser Boulevardblätter über den neuen Mann im Foreign Office, so hat doch die erste außenpolitische Tat Macdonalds die Anerkennung Rußlands durch England auch in Paris eine andere Stimmmung hervorgerufen. Zwar stand die Anerkennung Rußlands im Parteiprogramm des englischen Arbeiterführers, aber in diplomatischen Kreisen hielt man es praktisch für unmöglich, daß der neue Mann dies verwirklichte. Da er nun gleich diese Programmforderung in die Tat umsetzte und auch die Finanz- und Industriewelt, sowie die Liberalen sich, wie es für einen Engländer in außenpolitischen Fragen eigentlich selbstverständlich ist, unbekümmert darum, daß Macdonald aus ganz anderen Kreisen kam, hinter diese Tat Macdonalds stellten, war die Verblüffung in Paris groß. Man sah praktisch ein, daß man einen ganzen Mann vor sich hatte. Das Wettrennen um den Abschluß von Handelsverträgen mit Rußland, das nun einsetzte, zeigte, daß die englische Diplomatie doch die Führung in der Welt hat. Mußte man in Paris jetzt einsehen, daß England in die früher doch als spezifisch französische betrachtete russische Domäne eindrang, während der französische Einfluß jetzt dort ausgeschaltet ist, so kam in Paris nicht nur die Reue ob der verpaßten Gelegenheit auf, daß man sich die russische Falle habe fortschwimmen lassen, sondern, auch die Angst, daß durch diese Annäherung Rußlands an England eigentlich die trotz der sehr schlechten Wirtschaftslage mit unendlichen Geldopfern erkauften Vorposten im Osten, Polen und die Tschechoslowakei praktisch erledigt seien. Denn in Paris fürchtet man ein englisch-russisch-deutsches Bündnis und hält Macdonald, wenn es auch nicht offen gesagt wird, doch für fähig, dies zu verwirklichen. Deshalb nimmt man jetzt diesen neuen Mann sehr ernst und bei der ausgesprochenen von Poincare ganz verschieden politischen Grundeinstellung von Macdonald fürchtet man einen Bruch zwischen Frankreich und England, der gerade jetzt Frankreich am ungelegensten käme. Denn Frankreich ist durch den ungeheuren Frankensturz in schwere wirtschaftliche Nöte gekommen, es durchlebt jetzt die selben Zeiten, wie wir sie in den vergangenen Jahren der Inflation hatten. Und gerade in diesen Tagen muß Poincare, wie im Dezember, unser Reichskanzler im Reichstage, um ein Ermächtigungsgesetz kämpfen. Zudem ist die Isolation Frankreichs sehr weit fortgeschritten. Auch Belgien, sein einziger getreuer Sekundant ist nicht mehr für Frankreich ganz zuverlässig, sondern schielt schon mit einem Auge nach England. Deshalb muß Paris, ob es will, oder nicht, eine Verständigung mit London erstreben und diese Bewegung ist stark im Gange. Am Quai d'Orsay und in der Downingstreet arbeiten die französischen Diplomaten mit Hochdruck. Und die Riemen, welche, die französisch-englische Freundschaft von neuem zusammenbinden sollen, sollen nach französischer Ansicht wieder aus dem Fell des deutschen Michel geschnitten werden. Mit einer sicher nicht ungeschickten psychologischen Einstellung auf die kaufmännischen Instinkte arbeiten die französischen Industriellen, welche zwar nicht offiziell, aber doch infolge des Auftrages ihrer Regierung in London weilen und den englischen Industriellen jetzt endlich sogar anbieten, mit ihnen gemeinsam ein Geschäft zu machen, das in der Ausbeutung der Pfänder besteht, auf gut deutsch gesagt, wollen die Franzosen, nachdem sie im Industriebezirk an der Ruhr die deutsche Industrie ziemlich geschmälert haben, den Engländern auch gestatten, wieder vom Schweiße der Deutschen zu leben. Um das Deutschtum von Ruhr und Rhein und von der Pfalz wollen sie auf Kosten des schon am Boden liegenden Deutschlandes das arg in die Brüche geratene französisch-englische Bündnis reparieren. In London und Paris wird in diesen Tagen ein Kampf ausgeführt, der uns, da deutsches Land am Rhein und Ruhr auf dem Spiele steht, sehr nahe angeht. Wir wollen keine Pessimisten sein und nicht glauben, daß unsere Brüder im Westen der neuen Kittung der französisch-englischen Freundschaft geopfert werden. Macdonald hat sich doch schon als Parteiführer in dieser Beziehung arg festgelegt. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Lage unserer Brüder im Westen sehr gefährdet ist. Wir müssen wohl bedenken, daß über 17 Millionen Deutsche unter fremder Herrschaft stehen und daß von Paris aus, alles versucht wird, diese und die ungeheuren Werte des Kernes unserer Industrie, die in diesen Gebieten festgelegt ist, sowie deutschen Landes, den sagenumwobenen deutschen Rhein zum Schachobjekt Fremder voll und ganz zu machen, ihn uns zu entreißen. Das bedeutet dies Liebeswerben der französischen Industriellen in London. Das ist der Sinn der Rufe nach Pfändern für Frankreich, in die auch der Präsident Millerand am letzten Sonntag eingestimmt hat. Diese Lage müssen wir erkennen und die Konsequenz, die wir daraus ziehen müssen, ist nichts zu tun, was auch gegen unseren Willen dem Vorschub leisten könnte. Wir müssen opfern und den Willen zur Erfüllung deutlich zeigen, sonst sind unsere Brüder am Rhein und Ruhr für Deutschland verloren. Das darf auf keinen Fall eintreten. Wir können dies aber nur verhindern, wenn wir der Welt zeigen, daß wir guten Willens sind. Gerade in diesem Momente, wo diese Gefahr durch das französische Liebeswerben in London doppelt groß ist, wo die Sachverständigen in Berlin tagen ist dieser Wille nötiger denn je. Von ihm wird es abhängen, ob des Reiches Einheit uns erhalten bleibt.

Dr. W.

Der britische Pariser Botschafter bei Macdonald.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 6. Febr.

Daily Mail zufolge hat **Macdonald** nach der gestrigen Kabinettssitzung den **britischen Botschafter in Paris, Lord Grewe, empfangen.** Der diplomatische Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt, es heiße, **Lord Grewe** sei der **Träger einer wichtigen Botschaft Poincares** an Macdonald, in der er nach Paris zur Erörterung der englisch-französischen Differenzen einladet. Auch im Daily Telegraph heißt es, Lord Grewe werde zweifellos das beste Mittel erörtern wollen, um zu einer baldigen Verständigung der englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten über die Pfalz, die Kölner Bahnen und der Kontrolle der deutschen Richtungen zu gelangen. Diese Erörterungen mit den Mitgliedern der neuen britischen Regierung würden von einschneidender Bedeutung sein.

Der französische Botschafter im Foreign Office.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 5. Febr. (Drahtnachr.)

Der französische Botschafter sprach heute morgen im Foreign Office vor und hatte mit dem Staatssekretär des Auswärtigen eine einstündige Unterredung.

Das Liebeswerben der französischen Industriellen in London.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

London, 6. Febr.

Nach dem Daily Telegraph ist eine Reihe **hervorragender französischer Industrieller** in London eingetroffen. Sie scheinen in nicht offizieller Weise, aber offenbar auf **Veranlassung der französischen Regierung** zu kommen, wohl um den Versuch zu machen, **britische industrieller Kreise und andere Persönlichkeiten für den Gedanken eines englisch-französischen Zusammenwirkens in der Behandlung der Rhein- und Ruhrindustrie, d. h. in der Ausnutzung der Pfänder zu gewinnen.**

Sitzung des englischen Kabinetts.

WTB London, 5. Febr. Heute nachmittag fand eine wichtige Kabinettssitzung statt. Wie Evening Standard erfährt, soll außer dringenden inneren Problemen auch die Frage der **Vereinbarung einer neuen Reparationskonferenz** erwogen worden sein. Der britische Botschafter in Paris, Lord Crewe, sei in London eingetroffen und werde eine Unterredung mit Macdonald haben. Er soll wichtige Vorschläge überbringen.

Noch keine französische Antwort an England in der Pfalzfrage.

WTB London, 6. Febr.

Zur pfälzischen Frage schreibt der politische Berichterstatter des Daily Telegraph: Auch gestern abend sei noch keine formelle Antwort auf den letzten Kompromißvorschlag erteilt worden.

Der britische Standpunkt.

WTB London, 6. Febr.

Dem diplomatischen Berichterstatter der Westminster Gazette zufolge, steht die **britische Regierung** auf dem Standpunkt, daß die Frage der **Verwaltung der Pfalz eine innere Angelegenheit des Reiches sei und daß die Errichtung einer neuen Regierung auf Befehl der Botschafterkonferenz den Wünschen der deutschen Regierung und der großen Mehrheit der pfälzischen Bevölkerung zuwider laufe und eine Verletzung des Rheinlandabkommens und der Weimarer Verfassung darstellen würde.**

Englischer Peerschub.

WTB London, 5. Febr. Folgende Mitglieder der Regierung Macdonald sind zu Peers ernannt worden: Der Sekretär für Indien Sidney Olivier, der Luftfahrtsekretär Brigadegeneral Thomson und der Unterstaatssekretär im Kolonialamt Sidney Arnold.

Die Reden der Reichsminister Dr. Jarres und Dr. Stresemann.

Reichsminister Jarres über deutsche Innen- und Außenpolitik.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 6. Febr. (Drahtb.)

Reichsminister Dr. Jarres hielt gestern abend in Harburg a. d. Elbe eine politische Rede. Man habe, sagte der Minister, auch im Ausland das Gefühl, daß die gegenwärtigen Zustände nicht bestehen bleiben dürften, sollte die Welt nicht in Trümmer gehen. Die Arbeiten der Sachverständigenausschüsse in Berlin dürfe man mit großen Hoffnungen begleiten. Scharf kritisierte der Redner

die Folgen des Versailler Vertrages.

Von 65 Millionen Deutschen werden 17,3 Millionen von den Besatzungmächten regiert. Weitere Ausführungen galten der **Separatistenbewegung** am Rhein und in diesem Zusammenhang betonte der Minister, daß er den Gedanken, **eine Trennung westlicher Gebiete von Preußen trage zu einer befriedigenden Lösung der Reparationsfrage bei, für eine Utopie halte.** Innerpolitisch müsse die **Erhaltung der Währung und die der Staatsfinanzen die Hauptsache sein.** Es heißt jetzt, aus der Misere herauszukommen mit der Parole:

Wille zur Armut und zur Arbeit.

Der **Ausnahmezustand** könne solange nicht aufgehoben werden, als noch Umtriebe von der äußersten Rechten und äußersten Linken zu befürchten seien. Nur während des Wahlkampfes dürfte die Aufhebung erfolgen.

Zu den

Abtrennungsbestrebungen der Deutsch-Hannoveraner führte Dr. Jarres aus, man habe ihm anläßlich seines Glückwunschtelegramms an den Hannoverschen Kurier den Vorwurf der Parteilichkeit gemacht. Nach der Meinung der Leute habe er kein Recht, sich in hannoversche Angelegenheiten zu mischen. Es müsse aber gesagt werden, daß er dem Führer der Deutsch-Hannoveraner in einer Unterredung erklärt habe, sie möchten in der augenblicklichen Zeit von einer Abstimmung absehen, da das übrige Deutschland dadurch gefährdet werden könne. Die hannoverschen Vertreter hätten erwidert, die Abstimmung müsse erfolgen, da weite Kreise sie wünschten. Der Minister betonte, daß er Vertrauen zu dem gesunden Sinn der Bevölkerung habe, die sich einer Loslösung Hannovers von Preußen widersetzen würden. Die Rettung liege bei einem großen Preußen und einem großen Deutschland.

Der Reichsaußenminister spricht

Außenminister Stresemann hielt vor einer Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei in Stettin eine Rede, in der er ausführte, Wir seien ein waffenloses Volk, müßten uns aber mit allen Kräften **gegen die Aufbürdung der moralischen Schuld am Kriege wehren.** Es zeige sich eine gewisse Entspannung der früher allein gegen Deutschland eingestellten Meinung der Welt. Der Zusammentritt der **Sachverständigen** in Berlin beweise die durch die Folgen des Versailler Friedens hervorgerufene Sorge und Unruhe der Welt. Unter Hinweis auf den **Währungsverfall** in Frankreich erklärte der Minister es für die Aufgabe der Sachverständigen, die Frage der Währung der Länder so zu regeln, daß sie wieder ein festes Verhältnis zu einander bekommen. Diese und alle damit zusammenhängenden Fragen würden zeigen, daß **Deutschland keine Leistungen übernehmen könne, wenn seine Einheit zerstört sei.** Ein Volk, das den Krieg verloren habe, müsse doppelt arbeiten, um für die kommenden Generationen erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Eine feste Währung könne Deutschland nur durch

Balanzierung des Haushalts

erhalten. Unsere Wirtschaft könne nur durch internationale Kredite wieder in Gang kommen. Darüber kann gar kein Zweifel bestehen, so äußerte sich Dr. Stresemann der heutige Etat ist ein **Notetat**, der eines Kulturvolkes unwürdig wäre. Eine **Beamtenbesoldung**, wie wir sie als Maßnahme des Uebergangsetats festsetzen mußten, ist **auf die Dauer unmöglich.** Der Uebergang war allerdings für das Reich eine Notwendigkeit wenn es zur

Goldnotenbank

gelangen wollte und dieses Ziel muß erreicht werden, nicht weil wir auf diese Weise eine neue Währung schaffen wollen, sondern weil wir ausländischer Kredite bedürfen. Wenn wir solche Kredite erhalten, wird das natürlich auch darin zum Ausdruck kommen, daß die ausländischen Geldgeber mit in dem Verwaltungsapparat der Notenbank sitzen. Die **ausländischen Kredite** aber brauchen wir unbedingt, denn Industrie, Handel und Landwirtschaft sind kaum noch imstande, die ihnen auferlegten Steuern zu zahlen. Dem muß abgeholfen werden, und von diesem Gesichtspunkt aus ist die **Gründung der Goldnotenbank nötig.**

Dr. Stresemann ging auf die Vorwürfe ein, die wegen der weiteren Auszahlung der

Besatzungskosten

gegen die Reichsregierung in der letzten Zeit erhoben worden sind. Man stellt es immer so hin als wenn der Außenminister bei dieser Maßnahme ausschlaggebend sei, als ob er aus Gründen der auswärtigen Politik für die Weiterzahlung an die alliierten Mächte eintrete. Darin liegt eine ganz demagogische Verdrehung der Tatsachen. Wenn bei der Weiterzahlung der Besatzungskosten eine Rücksicht geübt wird, so ist es die Rücksicht auf die schwer **leidende Bevölkerung von Rhein, Ruhr und Pfalz.** Diese Bevölkerung hat in den Nachkriegsjahren Ungeheures erdulden müssen; sie weiß ganz genau, daß der Gegner sich an ihr schadlos halten wird, wenn Deutschland die Bezahlung der Besatzungskosten einstellt. Deshalb sind auch alle Parteien der besetzten Gebiete bei der Regierung vorstellig geworden, ihnen dieses Leid zu ersparen. Wir betonen, immer wieder und mit Recht, daß wir für die besetzten Gebiete bereit sind, **auch den letzten Pfennig aufzuwenden.** Ist man dieser Ansicht, so sollte man nicht gleichzeitig Sturm laufen, wie die Deutschnationalen es tun, wenn die Regierung es sich wirklich angelegen sein läßt, mit ihren letzten Mitteln für die besetzten Gebiete einzutreten. Im übrigen muß auch die Regierung jetzt bekennen:

Wir sind mit unserer finanziellen Kraft zu Ende.

Deshalb wird das Kabinett den Sachverständigenausschüssen eine Denkschrift überreichen, in der dargelegt wird, daß eine **Weiterzahlung der Besatzungskosten nicht mehr erfolgen kann.** Dies ist übrigens den Besatzungsmächten in einer Note mitgeteilt worden. Wir können nur hoffen, daß für die Regelung dieser Frage eine Lösung gefunden wird, die der hart mitgenommenen Bevölkerung des besetzten Gebietes neue Leiden und neue Lasten erspart.

Das Urteil eines Neutralen über deutsche Not und Selbsthülfe.

Berlin, 5. Febr. (Privatdrahtnachricht.)

Der schwedische Volkswirtschafter Dr. **Hildebrand**, der im Auftrage des schwedischen Roten Kreuzes kürzlich in Berlin weilte, um sich durch eigene Beobachtung ein Urteil über die deutsche Not zu bilden, erklärte, einem Mitarbeiter der D. A. Z.: **„Wer in Berlin gewesen ist, und keine Not in Berlin gesehen hat, der ist absichtlich dem Elend aus dem Wege gegangen."** Er lobte die **feste Zuversicht** und die **Entschlossenheit der deutschen Führer und Staatsmänner** und erklärte, **sehr großen Respekt zu haben vor der energischen und aufopfernden Selbsthülfe**, die viele deutsche Kreise, ja die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes zeigten, um ihren elenden Brüdern zu helfen.

Der preußische Landtag verlangt Aufbesserung der Beamtengehälter.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 5. Febr. (Drahtb.) Der Hauptausschuß des preußischen Landtags nahm heute eine Entschließung an, welche verlangt, daß die preußische Staatsregierung sofort an die Reichsregierung herantritt, daß die seit dem 1. Dezember in Kraft getretenen Beamtengehälter unter Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse schleunigst aufgebessert werden und daß eine weitere **erhebliche Senkung der Preise eintritt.**

Die pfälzischen Beamten gegen französische Lügen.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Frankfurt a. M. 6. Febr. (Drahtb.)

Der **Beamtenbund der Pfalz** hat an die **Rheinlandkommission eine Eingabe** gerichtet, in der er sich gegen die Behauptung französischer Zeitungen, daß ein **Teil der pfälzischen Beamten ihren Posten freiwillig verlassen hätten** oder in das unbesetzte **Gebiet geflohen seien, zur Wehr setzt. Die Beamtenschaft sei jederzeit bereit, in loyaler Weise mit den Besatzungsbehörden auf Grund des Rheinlandabkommens** und der bestehenden **Ordnung zusammenzuarbeiten, sobald die Separatisten entfernt seien.** Sie lehnen mit Entschiedenheit die ihr von einem Teil der ausländischen Presse untergeschobene feindliche Gesinnung gegenüber den Besatzungsbehörden ab. Die Kundgebung hat lediglich die Wahrung der Beamtenrechte und ihrer persönlichen Sicherheit gegenüber dem Eingreifen der Separatisten bezweckt.

Abgezogene Separatisten.

WTB Worms, 5. Febr. (Drahtb.) Die Separatisten haben heute die Kreisgebäude geräumt. Die Behörden haben dieselben wieder bezogen.

Zum Tode Wilsons

Präsident Coolidge zum Tode Wilsons.

WTB **Washington**, 5. Febr. Präsident Coolidge hat eine Proklamation erlassen, in der er Wilsons Andenken würdigt und ein Begräbnis mit militärischen Ehren anordnet.

Die Trauer Amerikas.

WTB **Washington**, 4. Febr. Die öffentlichen Gebäude haben Halbmast geflaggt. Der Termin der Beisetzung Wilsons ist noch nicht festgesetzt. Die Leiche wird wahrscheinlich vorübergehend in Washington aufgebahrt und dann nach dem Denkmal übergeführt, das zum Gedächtnis Wilsons errichtet werden soll.

Amerikanische Landestrauer für Wilson.

WTB **Washington**, 6. Febr. (Funkspruch.) Nach einer Meldung der Warld hat der Präsident der Vereinigten Staaten in einer Proklamation anläßlich des Todes Wilsons eine **Landestrauer von 30 Tagen** verfügt.

Poincare zu Wilsons Tod.

WTB **Paris**, 5. Febr. Poincare und Clemenceau haben sofort nach dem Bekanntwerden des Todes von Wilson, seiner Witwe Beileidstelegramme übermittelt. Poincare erklärte amerikanischen Journalisten, Frankreich könne nie vergessen, daß unter der Präsidentschaft Wilsons die Vereinigten Staaten Anstrengungen gemacht hätten um die Freiheit der Welt und die Zukunft der Zivilisation dadurch zu retten, daß sie den Verteidigern des Rechtes ihren unschätzbaren Beistand liehen. Frankreich wisse, welche hohen und großenmütigen Gedanken diesen den Idealen ergebenen Mann beseelten und in welcher edlen Sprache er von Frankreich bis zu dem Tage sprach, an dem ihn die Krankheit niederschmetterte. Die charakteristischen Züge seines Gesichtes, so wie sie uns am 15. Dezember 1918 erschienen, werden immer im Geiste des französischen Volkes lebendig sein.

Das Beileid Millerands.

WTB **Paris**, 4. Febr. Millerand erklärt in einem an die Witwe Wilsons gerichteten Beileidstelegramm, Frankreich werde niemals den großen Präsidenten vergessen, der einen so bedeutenden Anteil an dem Beschluß der Vereinigten Staaten gehabt habe, sich in dem Kriege des Rechts gegen die Gewalt auf die Seite Frankreichs und seiner Alliierten zu stellen.

Die englische Presse zu Wilsons Tod.

WTB **London**, 4. Febr. In einem Leitartikel zum Tode Wilsons schreibt die Westminster Gazette, das deutsche Volk habe seinerzeit geglaubt, die 14 Punkte seien ein ehrliches Angebot, durch das die Verbündeten moralisch gebunden seien. In Versailles habe Wilson, in der Hoffnung, etwas Menschliches für die Welt zu tun, zunächst zugestimmt, daß der Friedensschluß im Dunkeln vor sich gehe. Dann habe er in der Dunkelheit aus denselben erhabenen Beweggründen sie ersetzt und den aufgezwungenen Machtfrieden angenommen, der für die heutige Lage Europas verantwortlich sei. Es scheine die allgemeine Ansicht zu sein, daß Wilson für seine übermenschliche Aufgabe ungenügend ausgerüstet gewesen sei.

Die französische Presse zum Tode Wilsons.

WTB **Paris**, 4. Febr. Soweit der Tod Wilsons besprochen wird, findet sich in fast allen Blättern der Hinweis, daß es der frühere Präsident zwar verstanden hat, den Krieg zu gewinnen, daß es ihm aber nicht gelungen sei, auch den Frieden herzustellen. Im übrigen wird Wilson vielfach für gewisse Enttäuschungen verantwortlich gemacht.

Ere Nouvelle schreibt, die Geschichte werde eines Tages die Gründe auffinden, weshalb ein Mann, der so edle Grundsätze vertrat, so kraftlos versagte. Schon jetzt könne man aber sagen, daß sein Wille von dem Imperialismus gebrochen worden ist, den Clemenceau so entschieden verkörpere. Auch Figaro betont die gute Absicht des verstorbenen Präsidenten fügt aber hinzu, daß die Zukunft es lehren werde, ob der gute Wille sich gut oder schlecht auswirken werde. Im Echo de Paris heißt es, daß Wilson, der einer der großen Amerikaner vom Schlage Lincols gewesen sei, nicht nur allein von Frankreich, sondern auch von seinen eigenen Landesleuten nicht verstanden worden sei und daß in ihm die allen Angelsachen eigenen moralischen und religiösen Triebe saßen, in denen sie, die nur nach der Oberfläche urteilten, den Vorwurf des Demagogismus und der Heuchelei gesehen haben. Das Blatt erinnert weiter daran, wie bald sich seinerzeit nach der Ankunft Wilsons die Hoffnungen und Erwartungen auf die Fortdauer der während des Krieges zustande gekommenen wirtschaftlichen Annäherungen und der Allianz zwischen Frankreich und England verflüchtete.

Reichstagsabgeordneter Rheinländer über die deutsche Innen- und Außenpolitik.

Die in Finnentrop im Hotel Biggemann am Montag stattgefundene sehr gut besuchte Kreistagung der Zentrumspartei des Kreises Olpe eröffnete Rektor **Lingemann** (Altenhundem) mit herzlichen Worten der Begrüßung aller Erschienenen, insbesondere der Abgeordneten **Rheinländer** und **Schmelzer**, der zahlreich erschienenen Geistlichkeit und der Presse. Stürmisch begrüßt nahm dann

Reichstagsabgeordneter Rheinländer

das Wort zu tiefgründigen Erörterungen über die innen- und außenpolitischen Zeitfragen, die allen Teilnehmern eine klare Uebersicht über die schwerwiegenden Lebensfragen unseres deutschen Volkes gaben, und jedem bewiesen, wie nur das wahre Interesse des deutschen Volkes für die Zentrumspartei Leitgedanke stets gewesen ist, für den die Partei auch die größten Opfer gebracht hat. Ein starker nationaler Gedanke durchwehte diese Aufführungen, von denen wir aus höheren Rücksichten nur einen Auszug bringen können. Der starke Beifall, den seine Darlegungen fanden, bewiesen, wie sehr er allen Teilnehmern aus dem Herzen gesprochen hatte, zeigte aber auch, daß die von den Gegnern so oft angegriffene und aus Unverstand so oft benörgelte Politik des Zentrums bei seinen Mitgliedern volles Verständnis und Billigung findet. Seine Darlegungen über

die Innen- und Außenpolitik

begann der Redner mit dem Hinweis auf das außerordentlich schwere Opfer, daß die Zentrumspartei addurch gebracht habe, indem sie in der größten Not des Vaterlandes den Kanzler gestellt habe zumal bei einer Regierung auf stark schwankender Grundlage. Nur echt deutsche Gesinnung, sittliches Verantwortungsgefühl und heiße Vaterlandsliebe hätten die Partei und ihren Vorsitzenden das große Opfer bringen lassen, diesen dornenvollen Posten zu übernehmen; denn schwere und ungeheure Aufgaben harrten seiner. An erster Stelle ständen das **Aufhören der Papierwirtschaft, die Ueberführung** der Papierwährung zur Goldwährung, **die endgültige Stabilisierung** der deutschen Mark, die Regelung der **Reparationsfrage**, die Frage der **westlichen Landesteile**, Aufgaben, von deren Lösung die Zukunft Deutschlands abhingen. Vor einem Optimismus infolge der jetzt schon länger andauernden Stabilisierung der Mark und der dadurch erfolgten Senkung der Preise warnte der Redner ausdrücklich, denn der wirtschaftliche und politische Boden, auf dem Deutschland stehe, sein noch sehr schwankend. Zu seiner Sicherung fordere er die größten Opfer. Der Kanzler habe nur mit den allergrößten persönlichen Opfern im harten Kampfe mit sich selbst, es fertiggebracht, die scharfen Bestimmungen der Beamtenabbauverordnungen, die ungeheueren Belastungen der deutschen Bevölkerung durch die neuen Steuerverordnungen und die neue Arbeitsverordnung über den 10 Stundentag zu unterzeichnen. Jeder, der dies dem Reichskanzler oder der Zentrumspartei vorwerfe, handle entweder böswillig oder sei ein politischer Ignorant. Jeder Tadel über diese Fragen, der gegen die Zentrumspartei erhoben werde, sei nur ein **Lob** des Pflichtbewußtseins der Zentrumspartei, die in der Stunde der Gefahr für Volk und Vaterland selbstlos und opferwillig eingesprungen sei.

„In echt nationaler Gesinnung lassen wir uns von keinem übertreffen.

Nach echt deutscher Art machen wir nicht große Worte, sondern handeln und bringen Opfer für die Allgemeinheit. Das Deutschsein ist für uns selbstverständliche Voraussetzung."

Ohne einem unberechtigten Optimismus das Wort zu reden, könne man fürs erste

die Rentenmark als gesichert

betrachten, da der deutsche Kredit im Auslande sich wesentlich gehoben habe.

Der **nationale Gedanke in der Jugend sei zu pflegen**, aber vor der Heranzüchtung eines **Chauvinismusses warnte** der Redner sehr. In seinen weiteren Ausführungen über

die außenpolitische Lage

bewegte sich der Redner in Gedankengängen, wie wir sie in der letzten Zeit wiederholt ausführten. Er betonte insbesondere, daß die **päpstliche Kurie** absolut **keine deutschlandfeindliche** Politik getrieben habe, sondern daß sie im innersten Herzen immer von dem Bestreben geleitet gewesen sei, dem notleidenden Deutschland zu helfen. Der jetzige Reichskanzler Marx genieße im Vatikan und wie er auch aus Aeußerungen von Mitgliedern der Sachverständigenkommission zeigte, im Auslande große Achtung und großes Vertrauen. Einen besseren Mann hätte man für diesen Posten überhaupt nicht gewinnen können, da seine Persönlichkeit die lebendige Auswirkung eines tiefen praktischen Katholizismusses sei.

Dann wandte der Redner sich der Innenpolitik zu.

Die zukünftige Zentrumspolitik

könne selbstverständlich **nur die altbewährte Politik der Mitte** sein, da die Zentrumspolitik sich auf der durch die großen Encykliken der letzten Päpste so klar herausgearbeiteten katholischen Weltanschauung, der katholischen Rechts- und Staatslehre sich gründe, wie es Dr. Brauns in der Sammlung Schreiber dargelegt habe. Herrschend sei und bleibe die gerade Linie, die auch Marx zur Annahme des Kanzlerpostens getrieben habe, das Reich zu erhalten. Die Mehrheitssozialdemokratie sei nach der Revolution zum ersten Male aus der Opposition getreten und es hätte den Anschein gehabt, als ob sie zu Gunsten des Reiches auf ihre Opposition endlich verzichten und eine staatsaufbauende Partei werden wollte. Aber nach dem Eintritt der Unabhängigen könne man nicht mehr diese Hoffnung haben. Außerdem habe die Sozialdemokratie sich sehr arm an staatsmännischen Kräften erwiesen. **Wünschenswert** sei es, daß man mit den gemäßigten **Rechtskreisen** in Fühlung käme, die bisherigen Versuche seien leider fehlgeschlagen. Vor der Wahl könne man sich über die zukünftigen Fragen nicht festlegen. Das Zentrum werde sich im Wahlkampf nur auf sein altes Programm, auf die schon von den Vätern vertretenen sittlichen Ideen stützen.

Das Zentrum eine Verfassungspartei.

Es stütze die Verfassung und vertrete den Standpunkt, daß eine Verfassungsänderung nur mit verfassungsmäßigen Mitteln, nicht aber mit Gewalt betrieben werden könne. — Dann ging er zu der deutschen Reichsverfassung über und zeigte, daß solche Anfäße für christliche und sittlich religiöse Bestrebungen wie in der deutschen Reichsverfassung in keiner Verfassung der ganzen Welt seien. Diese Ideen in der Reichsverfassung verankert zu haben, sei das Verdienst des Zentrums, das überall die christliche und katholische Weltanschauung stützt und fördert. Damit kam der Redner auf

die konfessionelle Schule

zu sprechen. Er wies glänzend die gegen das Zentrum, deswegen gemachten Vorwürfe zurück und zeigte, wie die Zentrumsfraktion hierbei im vollen Einverständnis mit den deutschen Bischöfen vorgegangen sei und daß sie keine ihrer Grundsätze dabei aufgegeben habe, wie aber Demokraten und Sozialdemokraten das Scheitern des Schulgesetzes verursacht hätten. Der Gedanke, das **Erbgut des katholischen Glaubens für unsere Jugend auf keinen Fall gefährden zu lassen**, das sei und bleibe das Leitmotiv des Zentrums, da im Grunde nicht zeitliche wirtschaftliche Fragen die Zukunft Deutschlands bestimmten. Die Zukunft Deutschlands hänge vielmehr davon ab, ob in Deutschland im öffentlichen, privaten und wirtschaftlichen Leben **das Christentum** als ausschlaggebende Macht erhalten bleibe. Das sei das Ausschlaggebende für die Zentrumspolitik, daß **unserm Volke der alte treue, fromme deutsche Sinn erhalten bliebe.**

Der Vorsitzende stattete dem bewährten Vorkämpfer für die konfessionelle Schule in herzlichen Worten den Dank ab für diese prachtvollen Ausführungen, die in den Herzen aller Teilnehmer, wie der stürmische Beifall bewiesen hatte, ein lebhaftes Echo gefunden hatten.

Im Anschluß hieran entwickelte sich eine recht rege Diskussion. In der Diskussion wurde auf viele aus der Mitte der Versammlung gestellte Fragen durch die Abgeordneten **Rheinländer** und **Schmelzer** erschöpfend Antwort gegeben. In seinem Schlußwort äußerte sich der Abgeordnete **Rheinländer noch ausführlich zu dem**

Beamtenabbau

Er wies darauf hin, daß der Beamtenabbau mit seiner so rücksichtslosen Härte eine Folge des verlorenen Krieges sei. Wenn die Siegerstaaten, wie England, Frankreich und Italien ihr Beamtenheer abbauten, um wie viel mehr, müsse dies ein so bankrottes Land, wie Deutschland. Das Zentrum bemühe sich, das bei dem Beamtenabbau auch die **sozialen** Gesichtspunkte mehr berücksichtigt würde

Soziale Arbeit im Geiste Hitzes

sei stets das Leitmotiv des Zentrums gewesen und werde es auch bleiben. Damit kam der Redner auf das **Arbeitszeitgesetz**, das schon im 1. Kabinett Stresemann, sogar von den Sozialdemokraten gefordert und beschlossen sei und zeigte im Werdegang dieses Gesetzes, wie schwerste wirtschaftliche Not dazu getrieben habe. Ebenso habe nur bitterer Zwang die harten Steuergesetze geschaffen.

Es habe sich in der

Reparationsfrage

herausgestellt, daß die **einzig richtige Politik** hier in der **Linie Dr. Wirths liege**, in dem Willen zur Erfüllung.

Dr. W.

Ausland.

Der italienisch-russische Vertrag.

WTB **Rom**, 4. Febr. Messogoro enthält über den italienisch-russischen Generalvertrag folgende Einzelheiten: Der Generalvertrag besteht aus einem **Handelsvertrag, einem Schiffahrtsvertrag, und einem Zollvertrag** nebst Zusatzverträgen. Der Handelsvertrag enthält in Artikel 1 die ausdrückliche rechtliche Anerkennung der Räteregierung, alsdann Bestimmungen über die Gründung von Konsulaten, beider Länder und deren Funktionen. Ferner verlautet, daß **Rußland große Mengen bestimmter Getreidearten** liefern muß, deren Geldertrag teilweise im Ankauf italienischer Waren anzulegen ist. Rußland gewährt Italien eine bedeutende Herabsetzung der Eltiarife und tritt für eine bestimmte Anzahl von Jahren das ausschließliche Recht auf den Küstenverkehr in bestimmten Häfen des Schwarzen Meeres ab. Eine gemischte Kommission bestimmt jährlich das Programm über Ankäufe und Verkäufe zwischen beiden Ländern. Italien erhält Konzessionen für Kohlen und Petroleum, deren Modalitäten noch nicht festgelegt sind. Noch ungelöst ist vorläufig die Frage der Kredite und deren Förderung italienischer Staatsangehöriger. Wie Corriere de Italia von Jordanski, dem Hauptunterhändler Rußlands, erfahren haben will, würden die italienischen Staatsangehörigen ihr Eigentum zurückerhalten, aber der Räteregierung einen Teil ihres Einkommens abtreten müssen.

Der ewige Kampf.

7) Roman von Karlfriedrich Baberadt.

Dann und wann streifte ein rascher Blick ihre Gestalt. Und er freute sich, wie frisch und hübsch sie aussah. „Habt Ihr unterwegs die Worte verloren, Heinz Potter?"

Ihr werdet nicht viele finden, wenn Ihr zurückgeht, Fräulein Margret."

„Ueber welche neue Maschine habt Ihr denn nachgedacht?"

„Ueber die Maschine Mensch, Fräulein Margret."

„Ach, Ihr seid ein Philosoph?"

„Nein, aber manchmal . . . es gibt Dinge, die so rätselhaft sind."

„Zum Beispiel die üble Gesinnung des Meisters Boersma gegen Euch, oder . . . oder daß ich hier neben Euch sitze . . ." Sie lachte und sah ihn mit brennenden Augen an.

Der Wagen fuhr jetzt durch das dichte, kleine Gehölz, das sich zwischen den Bruckschenhof und das Dorf hinschob. Das Pferd mochte die Kühle angenehm empfinden, es blieb stehen. Und die Menschen schienen es nicht zu merken. Das Mädchen beugte sich weit über den Sitz vor. Die Spitzen ihrer blonden Kräuselhaare die widerspenstig über der Stirn aus dem Scheitel hervorsprangen, berührten fast das Gesicht des jungen Mannes. Große Sonnenkringel spielten auf ihrem hellen Kleid und schienen von da herunterzuhuschen auf den blauen Kittel des Knechtes.

„Heinz Potter, willst du mir nicht sagen, woran du gedacht hast auf diesem langen Weg vom Rhein zum Bruckschenhof?"

Ihre Augen suchten die seinen, und als sie mit ihnen zusammentrafen, war es, als ob schwere Anker in eine tiefe, tiefe See geworfen würden. Heinz Potter blieb stehen und konnte sich nicht mehr losreißen von diesem Blick, der wie glühendes Erz in sein Blut fiel. Er antwortete ihr, ohne zu wissen, was er sagte. Sie hörte seine Worte, ohne ihren Sinn zu erfassen.

Wie ein Schicksal war es dann, als sie sich küßten.

Die große Gaststube des „Krugs", die zu ebener Erde lag und durch deren kleine Fenster man die ganze Dorfstraße nach beiden Richtungen übersehen konnte, sah an den Sonntagvormittagen, wenn es Kirchgang war, nicht viel Gäste. Still und leer lag sie da. Ein paar Sonnenstrahlen verankerten sich durch die blitzenden Scheiben in den Gläsern und Krügen auf dem Schenktisch und ließen sie in tausendfachem Widerschein farbig aufleuchten. Einzelne dicke surrende Brummfliegen klatschten gegen die Fenster und die Wände und fanden willkommene Ruheplätze auf den vergilbten Oeldrucken des Kaiserpaares und den Brauereibildern, Fahrplänen, Landkarten, die die weißgetünchten Mauern halb verdeckten.

In einer Ecke der niedrigen Stube, neben der schmalen, mit verschnörkeltem Schnitzwerk bedeckten Standuhr, behaglich ausgestreckt auf einer der langen ledergepolsterten Bänke, die sich längs der Wände dehnten, las Jan Gilles die Dorfchronik, die der Postbote vor einer halben Stunde gebracht hatte. Er war so vertieft in die neuesten Ereignisse der Politik, daß er nicht merkte, wie sich die Türe, die nach den inneren Räumen des Hauses führte, öffnete und sein Vater im Kirchganganzug das Zimmer betrat. Erst als der alte Mann hinter dem Schenktisch herumschlich und mit suchenden Händen die Gläser streifte, daß sie leise klirrten, sah Jan flüchtig auf und fragte gähnend nach des Vaters Begehr. Dessen Versicherung, er suche nichts, beruhigte den Sohn und er las unbekümmert in der Zeitung weiter.

Aber der Alte tastete sich mit gichtigem Zittern weiter bis zu einem kleinen Wandschränkchen, das er zu öffnen versuchte, wobei er mit blöden Augen ängstlich zu dem Lesenden hinüberschielte. Seine zitternden Hände aber konnten ein Geräusch nicht vermeiden, und wieder fuhr Jan bei dem Gläserklirren auf. Ein zorniger Blick schnellte zu dem Alten, dann sprang er rasch in die Höhe, warf die Zeitung beiseite und fiel dem Vater in die Arme. „Ach so! Du suchst doch 'n Kümmel! Du, das gibt's nicht. Der Doktor will's nicht haben".

Eingeschüchtert wandte der Greis ein: „Aber sonst, Jan . . ."

„Ach wat, sonst!" schrie der Sohn den Schwerhörigen an, indem er das Schränkchen abschloß und den Schlüssel in die Tasche steckte, „sonst . . . was sonst war, ist ganz einerlei. Hast wohl noch nicht genug an dem einen Schlaganfall? Bist ja kaum mehr zu gebrauchen und willst doch alles selbst machen. Aber ich will's nicht, daß du mir meinen Verdienst wegsäufst. Ich tu die Arbeit jetzt, könnt'st mir den „Krug" schon ganz geben, du . . ."

Ohne den Alten noch eines Blickes zu würdigen, setzte er sich in seine Ecke und versuchte weiter zu lesen, aber trotzdem der Vater scheu die Stube verlassen hatte, blieb der Gedanke an ihn als Störung bei dem Sohne zurück. Ein halbes Jahr ging das jetzt schon mit dem Alten, seit er nach einem tüchtigen Zechgelage einen Schlaganfall erlitten hatte. Halb kindisch war er geworden und menschenscheu. Und immer lieber suchte er seine täglichen Freuden in der Schnapsflasche, so daß man Mühe hatte, das verbotene Getränk vor ihm zu verbergen. Aber Jan war unerbittlich; kein Tröpfchen seines begehrten Kümmels erhielt der Alte, er sollte das bißchen Verstand, das er noch hatte, behalten, bis er den Jan rechtskräftig zu seinem Nachfolger gemacht hatte. Ein rechtskräftiges Testament sollte der Vater noch machen, in dem der „Krug" und alles, was drum und dran war, dem Jan gehörte, sonst wäre der Alte gar imstande, der Lene einen tüchtigen Brocken zuzuschustern. Das Mädel würd's ohnedies kriegen, wenn's einmal Krugwirtin werde.

Aber auch dieser Gedanke vermochte nicht bei Jan angenehme Empfindungen zu wecken. Die Lene! Wahrhaftig, es war ein Kreuz mit der. Von Kindesbeinen an waren sie zusammen gewesen, ihre Spiele waren dieselben, ihr Schmerz stets der gleiche gewesen. Wie eine Selbstverständlichkeit war es in dem Burschen aufgewachsen, daß die Lene seine Frau werden sollte. Willig hatte er sich immer ihren kindlichen Launen gebeugt, überall war er ihr Beschützer gewesen und keiner hatte der aufblühenden Jungfrau größere Ergebenheit gezeigt als Jan Gilles. Großer Worte bedurfte es, seiner Meinung nach, dabei nicht, denn es war für Lene eine Pflicht der Dankbarkeit gegen den alten Krugwirt, daß sie ihre junge Kraft — und sie arbeitete für zwei, das sagten alle im Ort — dem „Krug" erhalte. Hatte ihr doch der „Krug" eine Heimstatt geboten von ihrem ersten Lebensjahr an, als ihre Eltern plötzlich kurz nacheinander gestorben waren, und war sie gehalten worden wie ein eigenes Kind all die Jahre. Als dann auch Mutter Gilles heimkehren mußte, hatte sie auf ihrem letzten Lager gewünscht, Jan und Lene möchten ein Paar werden, und ihr Witwer hatte dieses Wunsch gehegt und gepflegt bis auf den heutigen Tag. Kein Mensch in Lossum wußte es anders, als daß die Lene und der Jan sichheiraten würden, aber zu einem richtigen Verlöbnis der beiden war es noch nicht gekommen. Das war es ja gerade, was Jan so verdroß, daß Lene sich nicht entschließen konnte, das entscheidende Wort auszusprechen, und besonders seit der Amerikaner im Ort war, wollte es ihm scheinen, als wiche ihm das Mädchen noch mehr aus wie bisher.

Jan zerknitterte das Zeitungsblatt in einer Hand und reckte seine stämmigen Arme. Weiß Gott, die Lene brauchte sich seiner doch wahrhaftig nicht zu schämen, stark und gesund und gut gewachsen wie er war! Jede im Dorf hätte ihn gern genommen, ja sogar aus der Kreisstadt hätte er sich die Braut holen können, aber er wollte die Lene haben, die er kannte, wie sie sich selbst, und die ihm gefiel, besser als irgendeine sonst am Niederrhein.

„Ist Ohm Pitter schon draußen?" Frisch wie ein Sonnentag stand die Lene vor ihm. Grinsend erhob sich der Bursche, tief versenkte er die Hände in die weitgeschnittenen Hosentaschen.

„Ei, die Lene . . . Ja, der Vater ist fort. Du bist ihm zu lange geblieben. Hast wohl viel zu tun gehabt, dich zu schmücken?"

(Fortsetzung folgt!)

Deutsches Reich.

Die Arbeit der Sachverständigen.

() **Berlin**, 5. Febr. Der Lokalanzeiger berichtet, daß die Buchhaltungssachverständigen des zweiten Sachverständigenausschusses vorläufig noch in Berlin bleiben werden, da bei der Schwierigkeit der von der Kommission gestellten Fragen noch nicht sämtliche Antworten von Seiten der Regierung eingegangen sind. Die Untersuchungen, die bei der Deutschen Bank am Sonnabend ihren Abschluß gefunden haben, werden im Laufe dieser Woche auf fast sämtliche Großbanken ausgedehnt werden.

Berlin, 5. Febr. (Privatdrahtmeldung.) Der 1. Unterausschuß der 1 Sachverständigenkommission hielt heute vormittag eine Sitzung ab, in der über die Frage der **Goldnotenbank** beraten wurde. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wohnte dieser Verhandlung bei. Gegen Mittag begab sich der Ausschuß in das Finanzministerium zum Finanzminister Dr. Luther, um mit ihm über das **Währungsproblem** zu sprechen. Der 2. Ausschuß verhandelte heute vormittag mit den Staatssekretären **Fischer und Schröder**, sowie mit dem Ministerialrat **Bovit** vom Ministerium für Budgetfragen. Für morgen hat er die Einsicht in die Einnahmen für den Reichshaushaltsetat 1924 vorgesehen. Beide Ausschüsse hielten heute eine Plenarsitzung ab. Der zweite Unterausschuß zog heute nachmittag den Statistiker Dr. Rißzynski hinzu und besprach mit ihm die Wertabschätzung des ausländischen Grund- und Gebäudebesitzes in Deutschland.

Ein Communique des 2. Sachverständigenausschusses.

Meldung des Wolff'schen Telegraphenbüros.

Berlin, 5. Febr. (Drahtnachricht.) Der 2 Sachverständigenausschuß hat heute folgendes Communique herausgegeben:

„Die Aufmerksamkeit des Sachverständigenausschusses ist auf die Presseäußerungen gelenkt worden nach welcher die Ende dieser Woche zu erfolgende Abreise des Sachverständigenausschusses darauf zurückzuführen sei, daß die deutsche Regierung nicht imstande sei, die notwendigen Auskünfte über die deutschen Guthaben im Ausland zu erteilen. Diese Aeußerung **entspricht in keiner Weise den Tatsachen.** Der Ausschuß stellt fest, daß die deutsche Regierung und die deutschen Banken ihm jede gewünschte Unterstützung gegeben haben. Der Ausschuß stellt fest, daß die deutschen Banken über dies **freiwillig** ihm Zahlenzusammenstellungen zur Verfügung gestellt haben die weder erbeten noch bekannt gegeben sind.

Die bayerische Verfassungsdenkschrift.

Ueber die Verhandlung der bayrischen Verfassungsdenkschrift weiß das Tageblatt mitzuteilen, die Denkschrift habe bereits einmal dem Reichskabinett vorgelegen, jedoch ist es zu einer formellen Aussprache noch nicht gekommen. Zur Zeit nehmen die einzelnen Ressorts zu der Denkschrift Stellung. Im Anschluß daran will das Reichsministerium des Innern eine Denkschrift über das bayrische Dokument ausarbeiten und dem Reichskabinett vorlegen. Auch der Reichstag wird sich mit dieser Frage beschäftigen.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 6. Febr

Umsatzsteuer-Neuregelung.

Die Umsatzsteuerbestimmungen sind in der Zweiten Steuernotverordnung vom 19. 10. 23 mehrfach geändert worden. Da die neuen Maßnahmen sich im wesentlichen am 10. Febr. 24. auswirken werden, soll im Folgenden ausführlicher kurz auf die wichtigsten Neuerungen hingewiesen werden:

a) Die Steuer ist von 2 Prozent auf zweieinhalb Prozent erhöht worden, wenn sowohl Leistung als auch Vereinnahmung des Entgeltes nach dem 31. 12. 23 erfolgt sind. Andernfalls, d. h. soweit Leistung oder Vereinnahmung vor dem 31. 12. 23 stattgefunden haben, bleibt es bei dem alten Steuersatze von 2 v. H. Gleichgültig ist, ob sich die Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten oder bewirkten Leistungen richtet.

b) Die Steuer ist in Goldmark zu berechnen.

c) Wie bisher hat ein Teil der Steuerpflichtigen die Voranmeldung nach jedem Kalendervierteljahre einzureichen, aber nicht mehr innerhalb eines Monats, sondern binnen 10 Tagen. Jedoch ist die Voranmeldung nach Ablauf jeden Monats (binnen 10 Tagen) abzugeben, wenn die gewerbliche oder berufliche Tätigkeit einen erheblicheren Umfang annimmt; dies gilt, falls
1. der steuerpflichtige Umsatz 1922 1,5 Millionen Mark überstiegen hat oder
2. voraussichtlich 1,5 Millionen Mark überschritten haben würde, wenn die umsatzsteuerpflichtige Tätigkeit während des ganzen Jahres 1922 ausgeübt worden wäre, oder
3. der steuerpflichtige Umsatz 1924 denjenigen der unter 1. oder 2. fallenden Steuerpflichtigen erreicht.

Auch in Zukunft ist gleichzeitig mit der Abgabe der Voranmeldung die entsprechende Vorauszahlung zu leisten.

Es wird darauf hingewiesen, daß die bishergie formlose Abgabe der Voranmeldung — z. B. auf einem Zahlkartenabschnitt nicht mehr genügt. Die Voranmeldung gilt als Steuererklärung, die Vorauszahlung ist Steuerzahlung. Das Formular der Voranmeldung ist dementsprechend abgeändert und enthält die Versicherung, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen erstattet ist. Diese Neuregelung ist wichtig für das Ermittelungsverfahren des Finanzamtes und für die Strafverfolgung wegen Steuerhinterziehung.

Wie bisher ist die Voranmeldungs- und Vorauszahlungspflicht unabhängig von einer Uebersendung von Formularen durch das Finanzamt.

Die Voranmeldung muß auch weiterhin den Eigenverbrauch umfassen, und zwar sind bei Landwirten 10 oder 20 Goldmark angemessen, je nachdem es sich um eine Person unter oder über 17 Jahren handelt.

!! **Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuerpflicht.** Bis zum 10. Februar 1924 ist für diejenigen Umsatz-(Luxus-)steuerpflichtigen, die monatliche Vorauszahlungen auf die Umsatz-(Luxus-)steuer zu leisten haben, die Vorauszahlung auf die Umsätze des Monats Januar 1924 fällig. Der Steuersatz für die allgemeine Umsatzsteuer beträgt zum ersten Male zweieinhalb vom Hundert. Gleichzeitig mit der Entrichtung der Vorauszahlung ist die Voranmeldung abzugeben; in dieser Voranmeldung haben die Steuerpflichtigen, die Buchführung auf wertbeständiger Grundlage gehabt haben, die Umsätze des Monats Januar 1924 in Goldmark anzugeben. Eine Buchführung auf wertbeständiger Grundlage wird nur dann als vorliegend erachtet, wenn sie während des ganzen Monats Januar 1924 in amerikanischen Dollars, englischen Pfunden, holländischen Gulden oder Schweizer Franken oder in Goldmark zum Gegenwert von 10-42 des nordamerikanischen Dollars auf der Grundlage des laufenden Kurses (Mittelkurses) des Dollars an der Berliner Börse erfolgt ist. Die genannten ausländischen Zahlungsmittel sind nach folgendem Goldmarkkurse vom 31. Januar 1924 auf Goldmark umzurechnen:

100 Bereinigte Staaten von Nordamerika-Dollars	420,— Goldm.
1 englisches Pfund	18,— Goldm.
100 holländische Gulden	157,— Goldm.
100 schweizer Francs	72,80 Goldm.

Die Goldmarkkurse der übrigen ausländischen Zahlungsmittel werden vom Reichsminister der Finanzen für die Zwecke der Entrichtung der Umsatzsteuervorauszahlung für Januar 1924 in den nächsten Tagen festgesetzt und im Reichsanzeiger für das Deutsche Reich veröffentlicht werden. Diese Kurse, sowie bei Papiermarkumsätzen der Umrechnungssatz von 1 Billion sind für Steuerpflichtige mit einer Buchführung auf nicht wertbeständiger Grundlage maßgebend.

!! **Falsche Reichsbanknoten über 2 Billionen Mark.** Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 2 Billionen Mark mit dem Datum des 5. November 1923, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen, und zwar entweder in einem Linienmuster mit dem Buchstaben B oder D oder einem Kugelmuster oder einem gitterartigen Muster mit dem ständig wiederkehrenden Buchstaben S tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an dem Fehlen oder der mangelhaften Nachahmung des Wasserzeichens unschwer zu erkennen sind.

Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Falschmünzerwerkstätten und dahin führende Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

GV Wirtschaftsteil. GV

Selbständigkeit von Post und Eisenbahn.

Die Entscheidungen, welche das Reichskabinett hinsichtlich der Verselbstständigung von Post und Eisenbahn jetzt getroffen hat, sind von einer besonderen Tragweite. Die jetzigen Entscheidungen machen aus den Reichsbetrieben wohl selbstständige wirtschaftliche Unternehmen, aber nicht in einer Aktien- oder ähnlichen Gesellschaftsform, sondern in einer neuartigen Betriebsweise.

Der **alleinige Besitzer** von Post und Eisenbahn bleibt das Reich. Die Vermögensteile der Reichsbahn und der Reichspost werden indessen aus dem Reichsvermögen ausgeschieden und in eine besondere Verwaltungsform gebracht. Die Loslösung des Post- und Eisenbahnhaushalts vom Reichsetat wird vom **1. April** ab in Kraft treten. Bei der Eisenbahn wird eine Betriebsgesellschaft geschaffen, die nach geschäftlichen Grundsätzen verwaltet wird. Bei der Post, bei welcher in der Kontrolle des Nachrichtenwesens auch gewisse politische Dinge eine Rolle spielen, wird ein Sondervermögen unter dem Titel **„Deutsche Reichspost"** geschaffen, ebenfalls durchaus losgelöst vom Etat. An der Spitze der Post bleibt der **Minister**, der dem Reichstag und dem Reichsrat nach wie vor **verantwortlich** ist. Er hat gewissermaßen die Funktionen eines Treuhänders des Reiches, für das, seiner Obhut anvertrauten Reichsvermögen. Reichsbahn und Reichspost werden künftig durchaus nach privat wirtschaftlichen vor allem also **kaufmännischen Gesichtspunkten** verwaltet. Als eigener Vermögensträger, kann beispielsweise die Reichsbahn in **viel höherem** Maße Credit aufnehmen, als das bisher möglich war, während die Reichspost dadurch in Stand gesetzt wird, den technischen Ausbau ihrer Einrichtungen auf eine breitere Grundlage zu stellen. Das Postfinanzgesetz wird die Neuordnung nach besonderen Regeln und in diesem Gesetze wird auch **die Sonderstellung Bayerns** verankert. Bayern aber auch Württemberg werden entsprechend unserer bereits an dieser Stelle gemachten Mitteilungen, das Eigentumsrecht an den in ihren Gebieten liegenden Teilen der Reichspost zu 80 Prozent erhalten. Damit werden die auf Grund der Staatsverträge, Bayern und Württemberg vom Reich noch geschuldete Beträge für die Ueberleitung der Postverwaltung abgegolten.

Die **Stellung der Beamten und Arbeiter** der Post und Eisenbahn wird nach wie vor unverändert sein; sie bleiben Beamten. Bei der **Reichsbahn**, die eine besondere Betriebsform erhalten wird, **werden die Beamten auf Wartegeld gesetzt und als Angestellte weiter beschäftigt**, wobei ihnen das Wartegeld angerechnet wird. **Bei der Post**, die wegen ihrer politischen Bedeutung eine besondere Aufgabe zu erfüllen hat, **wird an der Beamtenstellung überhaupt nichts geändert.** Es ist beabsichtigt, späterhin die Verkehrsunternehmungen des Reiches also Post und Eisenbahn einem besonderen Generaldirektorium zu unterstellen.

Die Erhöhung der Regiefrachten.

WTB **Paris**, 6. Febr. Nach einer Havasmeldung beträgt die Erhöhung der Frachttarife, sowie der Personentarife auf den Bahnen der Regie 35 bis 40 Prozent, sodaß die Fahrt mit der Regie noch um 50 Prozent billiger ist als die auf den deutschen Bahnen.

Die Kohlenpreise.

Verschiedene Tageszeitungen bringen die Nachricht, daß vom 15. Februar ab eine allgemeine Herabsetzung der Kohlenpreise des unbesetzten und besetzten Gebiets in Verbindung mit einer Frachtermäßigung eintreten werde. Diese Nachricht ist unzutreffend.

Auf Grund von Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsminister tritt vielmehr für die Kohlenreviere des unbesetzten Gebiets von Montag, den 4. Februar ab eine Preisermäßigung in folgendem Rahmen ein:

Die Rohbraunkohle der mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenreviere wird um rund 15 Prozent im Preise gesenkt, während eine Preisherabsetzung für Briketts zunächst nicht eintritt. Die Netto-Durchschnittspreise für oberschlesische Kohlen werden auf rund 120 Prozent der Friedenspreise, diejenige für Niederschlesien und Sachsen auf 122 Prozent der Friedenspreise gesenkt. Die Einzelpreise werden im Reichsanzeiger unverzüglich veröffentlicht werden.

Reichsbankausweis vom 15. Januar.

Wie der Ausweis der Reichsbank vom 15. d. M. ergibt, hat der Banknotenumlauf in der zweiten Januarwoche eine weitere Senkung um M. 12,3 auf 478,7 Trill. erfahren. Den fremden Geldern der Bank flossen während der gleichen Zeit M. 95,9 Trill. neu zu, darunter 79,6 durch wachsende Zugänge im Rentenmarkgiroverkehr. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten im Rentenmarkgiroverkehr stiegen demgemäß auf 251,9 Mill. Rentenmark, im Papiermarkgiroverkehr auf M. 433,7 Trill. Insgesamt stellten sich die fremden Guthaben am 15. d. M. auf 685,7 Trill. Auf der Aktivseite nahmen die Ausleihungen von Rentenmark weiter zu. Das Portefeuille an Rentenmarkwechseln wuchs um 114,2 auf 186, das Rentenmarklombardkonto um 17,8 auf 181,2 Mill. Rentenmark. Im Papiermarktkreditgeschäft erhöhten sich diesmal die Wechselbestände um M. 10,6 auf 294,8 Trill., während die Lombardforderungen um M. 8,2 auf 140,8 Trill. abnahmen. Im ganzen trat in der zinstragenden Kapitalanlage der Bank eine Vermehrung um 13,5 auf 803 Trill. ein. Im Zusammenhang mit der Befriedigung der erwähnten verstärkten Rentenmark-Kreditansprüche von privater Seite ging der Bestand der Bank an Rentenbankscheinen um 33,2 auf 142,3 Mill. Rentenmark zurück.

Rentenbankredite für die Landwirtschaft.

Berlin, 4. Febr. Wie die Deutsche Tageszeitung erfährt, ist zwischen der **Rentenbank** und der **Reichsbank** eine Vereinbarung getroffen worden, daß die Reichsbank nunmehr die Rentenmarkkredite für die Landwirtschaft auf allerschnellstem Wege der Rentenbank zuführt. Die Verwaltungsratsmitglieder der Rentenbank haben besonders darauf Wert gelegt, daß der Zinssatz, den die Landwirtschaft zahlen muß, **so gering als möglich** gesetzt wird.

Die Landwirtschaft und Wochenmarktpreise.

Auf eine Eingabe der Vereinigung der deutschen Bauernvereine hin ist vom Preuß. Justizminister angeordnet worden, daß Landwirte, die ihre Erzeugnisse auf den Wochenmarkt unmittelbar an Verbraucher absetzen und damit die Mühen und Kosten des Absatzes ihrer Erzeugnisse übernehmen, dabei der Verteilungsstufe des Kleinhandels gleichzustellen sind und die für den Kleinhandel geltenden Marktpreise berechnen dürfen.

Dortmunder Börsenbericht.

WTB **Dortmund**, 5. Febr. (Drahtbericht.) Der Besuch der heutigen Börse war gut und bei fester Stimmung fanden zahlreiche Umsätze auf allen Gebieten statt. Besondere Nachfrage bestand für Kohlen- und Kaliwerte.

Kohlenkurse in Billionen Prozent. Carolus Magnus 5500—6500, Konstantin 3000—3300, Deutschland 500—600, Diergard 6000—6500, Graf Schwerin 1150—1300, Trappe 1600—1800.

Kohlenaktien Adlerkohle 23,5—26,5, Karl Friedrich 4—5, Webko 13—16, Montania 4—5, Ruhrkohle 6—7, Dahlbusch 53—57,5 Beckerkohle 11—13.

Kalikurse Alexandershall 6750—7250, Aliszenhall 3975—4250, Einigkeit 2900—3300, Erichssegen 2600—2900, Friedrichroda 1250—1500, Günthershall 2500—2800, Salzmünde 3500—4200, Sachsen-Weimar 4000—5500.

Kaliaktien Adlerkali 36—39, Deutsche Kali 60 (Geld), Hallesche Kali 34—35, Hannoversche 38—39 Kalindustrie 63—65, Krügershall 12,25—13,25, Salzdetfurt 40—44.

Annotierte Werte Dortmunder Zement 0,8—1,00, Hanfabrauerei 24—26, Kabel 0,200—0,250, Vulkan 10—11, Elsa Zement 9,5—11, Kabel Rhendt 13 bis 14,5.

Berliner Werte Bemberg 26—29, Deutsche Erdöl 65 (Geld), Harpener 84—98, Hoesch 58, Mannesmann 64. Nächste Börse Freitag, den 9. 2. 1924, nachm. 2einhalb Uhr.

Zur Zusammenlegung der Handelskammern des Ruhrbezirks.

WTB **Essen**, 6. Febr. (Drahtnachricht.) Die Vollversammlung der Handelskammer für die Kreise Essen, Mühlheim-Ruhr und Oberhausen zu Essen beschäftigte sich gestern mit der Frage der Zusammenlegung der Handelskammern Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen zu einer Ruhrkammer. Die Vollversammlung nahm zu dem eingehend ausgearbeitetem Plane Stellung, der eine Zusammenlegung in der Form vorsieht, daß eine Hauptgeschäftsstelle in Essen geschaffen wird und örtliche Geschäftsstellen in Bochum, Dortmund und Duisburg bestehen bleiben.

Die Dortmunder Handelskammer lehnt ab.

WTB **DDortmund**, 6. Febr. (Drahtnachricht. Die Handelskammer befaßte sich gestern mit der Frage der Zusammenlegung der Handelskammern Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen zu einer vereinigten Ruhr-Handelskammer. Es wurde abgelehnt, sich an dieser Ruhr-Handelskammer zu beteiligen, ohne in eine weitere Erörterung der Angelegenheit einzugehen.

)(**Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank** erfolgt bis auf weiteres zum 400milliardenfachen Betrage des Nennwertes. Ueber den Ankaufspreis für Gold erteilen sämtliche Reichsbankanstalten bereitwilligst Auskunft.

!! **Abfertigung zollpflichtiger Sendungen nach dem besetzten Gebiet.** Die Handelskammer teilt mit: Sendungen, welche die Zollgrenze durchlaufen sollen, werden von Verkehrstreibenden sehr häufig zunächst nach einer vor oder auf der Zollinie gelegenen Station aufgegeben, um sie nach Beschaffung der oft verspätet eingehenden Zollpapiere — meistens nach längerem Lagern — über die Zollgrenze hinaus nach der endgültigen Bestimmungsstation weiterabfertigen zu lassen. Abgesehen davon, daß dieses Verfahren schon zu erheblichen Güteranstauungen, Betriebserschwernissen usw. geführt hat, die wieder die Verhängung neuer Verkehrssperren oder Weiterabfertigungsverbote erforderlich machen, werden die Güter meistens auch mit Lager- oder Standgeldern belastet. Es liegt daher nicht nur im Interesse der Reichsbahn, sondern auch in dem der Verkehrstreibenden selbst, daß Sendungen aus oder nach dem besetzten Gebiet **stets durchgehend abgefertigt** und erst dann zur **unmittelbaren Beförderung nach der endgültigen Bestimmungsstation aufgegeben werden**, wenn die Zollpapiere bereits vorliegen, die den Frachtbriefen beizufügen sind. Es wird noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Erstattung von Lager- und Standgeldern, die durch gegenteilige Maßnahmen der Verkehrstreibenden entstanden sind, unter keinen Umständen in Frage kommen kann.

010 **Aufgerufenes Notgeld.** Im Publikum besteht noch immer Unklarheit darüber, welche Stücke des preußischen wertbeständigen Notgeldes aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Es wird nochmals ausdrücklich festgestellt, daß wegen der vorgekommenen Fälschungen nur die Stücke lautend auf 4,20 Goldmark gleich 1 Dollar und 2,10 Goldmark gleich einhalb Dollar aufgerufen worden sind.

)(**Attendorn**, 6. Febr. Der Neupriester **Schulte** aus Hülschotten ist zum Vikar in **Hoppecke** bei Brilon und der Neupriester **Rauterkus** zum Vikar in Warmen ernannt worden.

m **Finnentrop**, 6. Febr. Eines der größeren **Gewinne eine kunstvolle Kordmöbelgarnitur** ist von der Domlotterie nach Weringhausen b. Finnentrop gefallen. Der glückliche Gewinner ist Herr Lehrer Beutler. Die Garnitur besteht aus einer Bank, einem Tisch und zwei Sessel und ist geschenkt durch die Korbmöbelhändler in Dalhausen, Krs. Hörter, wo auch alles angefertigt ist.

t **Elspe**, 5. Febr. Im Krankenhause zu Elspe wurde gestern für die kath. Arbeitervereine ein **religiöser** Sonntag abgehalten. Ueber 50 Arbeiter nahmen daran teil, welche den ganzen Tag im Krankenhaus zubrachten. Pater **Rig** aus dem Pallotinerklofter zu Olpe hielt fünf Vorträge über das Thema: „Christus und die Arbeit". Für die kath. Arbeiter waren dieses Stunden der Erbauung und der inneren Einkehr. Mit der Bitte an Pater Rig, bald wieder einen solchen religiösen Sonntag zu veranstalten und mit dem Versprechen aller, wieder daran teilzunehmen, schloß dieser Erbauungstag.

t **Altenhundem**, 5. Febr. Am Sonntag fand hier eine große öffentliche Versammlung der hiesigen Zentrumspartei statt. In einem zweistündigen Referate sprach Reichstagsabg. Schulrat **Rheinländer** über die politische Lage. Bemerkenswert in den Ausführungen waren vor allen Dingen die Steuerfragen, der Beamtenabbau und die Stellung zum Achtstundentag. Das die Ausführungen des Referenten von den Anwesenden verstanden und gebilligt worden waren, zeigte der große Beifall am Schluß seiner Rede. **Landtagsabg. Schmelzer** sprach dann noch kurz über landwirtschaftliche Fragen. Mit Worten des Dankes an alle Erschienenen und besonders an den Herrn Referenten schloß der Vorsitzende Rektor Lingemann die Versammlung mit einem Treuegelöbnis auf die Zentrumspartei. — Vormittags fand schon die gleiche Versammlung in dem überfüllten Saale des Gasthofs zur Post in **Langenei** statt.

Provinzielles.

Keine Rückkehr der Schupo in den Ruhrbezirk.

Havas stellt in einer Düsseldorfer Meldung die Nachricht richtig, daß voraussichtlich im Laufe dieses Monats die ausgewiesenen Beamten der grünen Polizei zum großen Teil ihre Tätigkeit im Ruhrgebiet wieder aufnehmen würden. Die Besetzungsbehörden, erklärt Havas, beabsichtigen nicht, die Rückkehr der grünen Polizei ins Ruhrgebiet zu gestatten, sähen jedoch die Möglichkeit ein, die städtische (blaue) Polizei zu verstärken und hätten deshalb genehmigt, daß die aus dem Ruhrgebiet ausgewiesenen ehemaligen Schupobeamten, soweit sie im Rheinlande und in Westfalen gebürtig seien, in die blaue Polizei eingestellt würden.

WTB **Hagen**, 6. Febr. (Drahtnachricht.) Wie uns von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, sind gestern abend **3 Herren des Vorstandes vom Bunde für Siedlungen in Brasilien**, darunter der bekannte Herr **Langenbach-Hagen-Emst** wegen Verdunkelungsgefahr **verhaftet** worden. Nach Aufklärung des Sachverhaltes wurden die 3 Herren gegen 10 Uhr gestern abend **wieder frei gelassen**. Nähere Einzelheiten können erst nach Eintreffen aufklären.

der Telegramme aus Brasilien bekannt gegeben werden. (Der Raphaelsverein, dieser höchst segensreich wirkende Verein für deutsche Auswanderer hat erst vor einiger Zeit auf Grund der Berichte seiner Vertrauensmänner sehr scharf vor der Auswanderung nach Brasilien, die wie eine Epidemie infolge der trostlosen Wirtschaftslage in Deutschland die Bevölkerung des Industriegebietes ergriffen hat, gewarnt. Die Redaktion.)

WTB **Düsseldorf**, 6. Febr. (Drahtnachricht.) Wie die Düsseldorfer Nachrichten melden, haben die französischen **Besatzungsbehörden** das seinerzeit von ihr **beschlagnahmte Gebäude der Oberpostdirektion** bis auf einige Räume **wieder frei gegeben.**

Soziales.

Industrielle Arbeitsgemeinschaft.

Dr. Wilhelm **Jonk**-Berlin.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Nachkriegszeit der Einfluß der **Arbeiterschaft** auf das gesamte Staats- und Wirtschaftsleben sehr groß, zeitweilig entscheidend geworden war. Es besteht auch Einigkeit darüber, daß dieser Einfluß nicht immer in der richtigen Art und Weise verwandt worden ist. Die Arbeiterschaft war auf Grund „ihrer seit Jahrzehnten überwiegend eingenommenen **verneinenden** Stellung zu Staat, Nation und Wirtschaft und zum Gesellschaftsleben und aus ihrer engen klassenpolitischen Einstellung heraus" (Stegerwald), der ihr plötzlich in den Schoß gefallenen Aufgabe nicht gewachsen; es fehlte ihr vielfach an Pflichtbewußtsein und Verantwortungsgefühl. Auch die schöpferische Kraft, die in den Betriebsräten liegt, hat sie nur wenig zu nutzen verstanden.

Heute haben wir eine Reaktion auf dieser Erscheinung zu verzeichnen. Das Pendel, das die Arbeiterschaft in die Höhe brachte, hat bereits seit längerem seinen höchsten Stand erreicht und geht zurück, ja, es droht nach der anderen Seite über die Mitte hinaus zu schlagen. Das liegt an allen möglichen Gründen; ich nenne nur Stabilisierung der Währung, Preise über Weltmarktstand, Arbeitslosigkeit, dadurch bedingte finanzielle Schwächung der Gewerkschaften, wie auch durch die Geldentwertung der letzten Monate, Micumverträge. Alle diese Gründe haben dahin geführt, daß der dadurch bewirkte Zwang nach größerer Wirtschaftlichkeit der Betriebe den Einfluß der **Unternehmer stärker und stärker** hat werden lassen. Dazu kommt der Ablauf der Demobilmachungsverordnungen und die neue Arbeitszeitverordnung, die durch die Möglichkeit ungehemmterer Entlassungen und längerer Arbeitszeit ebenfalls ein Uebergewicht der Unternehmer hervorriefen. Es stimmt, daß manche Unternehmer die Dinge falsch angefaßt haben, daß sie unpsychologisch vorgegangen sind, daß sie durch Diktat Entlassungen und Mehrarbeit vornahmen; es stimmt, daß an einigen Stellen dadurch die Arbeitsgemeinschaft gefährdet ist. Allerdings möchte ich nicht der Meinung Ausdruck geben, wie Herr Joos in seinem bekannten Brief an Dr. Wirth, daß „diese Errungenschaft sozialer Verständigung und innerpolitischen Friedens in schwerer Krisis" liege. Es gibt sowohl auf Seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer solche, die nach wie vor am Gedanken der Arbeitsgemeinschaft festhalten. Die **christlichnationale Arbeiterbewegung** hat das in den letzten Wochen bewiesen und sie hat sich den Notwendigkeiten der Zeit fast überall gewachsen gezeigt. Die Frage liegt nahe, wo bleibt der Gegenpol, der Unternehmer? Darauf ist zu antworten: **dieser Unternehmer ist da, ist insbesondere in der Zentrumspartei**; er arbeitet und wirkt in seinem Betriebe, in seinen Arbeitgeberverbänden, arbeitet und wirkt im Sinne der sozialen Verständigung, im Sinne der Arbeitsgemeinschaft. Darüber besteht in eingeweihten Kreisen kein Zweifel.

Warum merkt man aber so wenig von ihnen, so wird gefragt. Das liegt daran, daß die Organisation der Arbeitgeber ganz anders ist als die der Arbeitnehmer. Die ersteren sind — soweit sozialpolitische Dinge in Betracht kommen — in Arbeitgeberverbänden zusammengeschlossen, die meistens **sämtliche** Unternehmer umfassen; Parallel-Konkurrenz oder sonstige Verbände gibt es daneben nicht. Ganz anders liegen die Verhältnisse bei den Arbeitnehmern, die in **vier** und mehr Gewerkschaftsrichtungen gespalten sind. Es ist klar, daß die bessere Organisation die ist, die sämtliche Berufsgenossen umfaßt. Die englischen Arbeiter haben es z. B. fertig gebracht, sich in einer Gewerkschaft zu organisieren. Wie nun alles seine zwei Seiten hat, so auch hier. Während durch die christlich-nationalen Gewerkschaften klar und deutlich zum Ausdruck gebracht wird, daß sie sich den Notwendigkeiten der Zeit nicht verschließe, ist es für die Unternehmer, die auf dem Boden der Arbeitsgemeinschaft, der sozialen Verständigung im Sinne des Zentrumsprogramms stehen, schwer, sich innerhalb ihrer Arbeitgeberverbände durchzusetzen, weil ihre Zahl nicht allzu groß ist. Dazu kommt die **Berufssolidarität**, für die auch innerhalb der Arbeitnehmerschaft ein großes Verständnis vorhanden sein wird. Ein Einzelvorgehen ist mehr als schwierig und der zeitweilig aufgetauchte Gedanke, eigene christliche Arbeitgeberverbände aufzuziehen, absurd. Die Zersplitterung in unserem Organisationswesen ist gerade groß genug.

So antworte ich Herrn Joos: Der Typus Unternehmer im Zentrum, der nicht den Kampf, sondern ehrlich die Verständigung will und der über andere Methoden der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit verfügt als manche Blinden von heute, braucht nicht gesucht zu werden, **er ist da.** Die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern vereinbarte und vom Reichsausschuß der Zentrumspartei einstimmig angenommene Entschließung über die **Arbeitsgemeinschaft** beweist das mit aller Deutlichkeit.

Immer neue Feierschichten durch den Wagenmangel.

Bochum, 4. Febr. (Privatdrahtmeldung.) Auf Zeche Lothringen sind heute früh keine Leerwagen gestellt worden, obwohl noch gestern wegen Wagenmangels eine Feierschicht eingelegt werden mußte. Feierschichten mußten gestern eingelegt werden auf Zeche Neu-Iserlohn, Heinrich Gustav, und Erin, ferner gestern auf Zeche Ernestine (Mittags- und Nachtschicht.)

Der Zusammenbruch des Metallarbeiterstreiks im Düsseldorfer Bezirk.

g **Düsseldorf**, 6. Febr. (Drahtnachricht.) **Auf sämtlichen Werken**, der Metallindustrie wird **die Arbeit** soweit bis jetzt nicht geschehen, am Donnerstag morgen **wieder aufgenommen.** Alle Werke legen Listen für die Einzeichnung auf. Von den Arbeitern der früheren Belegschaft, die sich in den Listen einzeichnen, wird vorausgesetzt, das sie den 10-Stundentag annehmen. Am Montag und gestern haben auf den Werken von **Rheinmetall** 4000 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Die Arbeitsaufnahme ist auch auf den Werken in Reisholz erfolgt. Die Werke arbeiten heute wieder. Auf dem Preß- und Walzwerk in Reisholz haben alle Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen.

Unruhen durch den indischen Strikereistreik.

WTB **Bombay**, 6. Febr. (Drahtnachricht.) Der Strikereiarbeiterstreik **gewinnt ständig an Ausdehnung und nimmt ernste Formen** an. An zwei bis drei Stellen der Stadt kam es durch die Streikenden zu **größeren Ruhestörungen.** Die **Straßenbahnen wurden mit Steinen beworfen.** Ein **europäischer Beamter** wurde im Auto **überfallen** und schwer **verletzt.** Die Menge demolierte das Auto.

Letzte Telegramme.

Eine schlesische Grubenkatastrophe.

10 Tote.

WTB **Breslau**, 6. Febr. (Drahtb.) Gestern früh ereignete sich auf der Zeche Kurtschacht in Neudorf, bei Freilegung von Kohlenflözen ein unerwarteter **Kohlenfeuerausbruch, durch den 10 Mann den Erstickungstod** fanden. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß die zur Abgrenzung des Schießortes vorgesehene Tür vor dem Schießen nicht geschlossen worden ist.

Die spanische Unterzeichnung des Tangervertrages.

WTB **Paris**, 6. Febr.

Die Unterzeichnung des Statuts von Tanger durch die spanische Deputation wird nach Havas am Donnerstag erfolgen.

Das mexikanische Abkommen mit Nordamerika ratifiziert.

WTB **Washington**, 6. Febr. (Funkspruch.) Der mexikanische Senat hat nach 2monatiger Opposition das Abkommen mit den Vereinigten Staaten ratifiziert. R

Spiel und Sport.

Die Sieger des Berliner Sechstagerennens.

)(**Berlin**, 5. Febr. Das Sechstagerennen wurde gestern beendet. Ueberlegene Sieger wurden Saldow-Lorenz mit 347 Punkten.

Vermischtes.

Großer Diebstahl von Morphium.

WTB **Berlin**, 4. Febr. Aus dem Lagerraum einer hiesigen chemischen parmazeutigen Firma sind 85 Kg. Diazetilmorphium, die zur Ausfuhr nach China und Japan bestimmt waren, von unbekannten Tätern gestohlen worden. Der Einbruch, der offenbar nur auf die Erreichung dieses schweren Giftes abgezielt hat, ist nach den bisherigen Feststellungen am Samstag Nachmittag zwischen 4 und 9 Uhr ausgeführt worden.

Dreister Checkraub.

WTB **Berlin**, 5. Febr. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sind im D-Zuge Köln-Berlin die von der Dresdener Bankfiliale ausgestellten Schecks Nr. 101 387 über 5000 holländischen Gulden und Nr. 101 399 über 4000 holländische Gulden auf die Firma Pröhl u. Guthmann-Amsterdam sowie ein Scheck Nr. 351 660 über 110 englische Pfunde auf die Barclay Bank London einem Reisenden gestohlen worden. Die Diebe haben wahrscheinlich in Hannover den Zug verlassen.

Die Beschränkung der amerikanischen Einwanderung.

Washington, 4. Febr. Der Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses hat einen Bericht betreffend den Gesetzentwurf zur Beschränkung der Einwanderung erstattet, wonach die **jährlich zulässige Zahl von Einwanderern auf zwei Prozent der im Jahre 1890 in Amerika vertretenen verschiedenen Nationen beschränkt werden soll.** Die Gesamtzahl der jährlichen Einwanderer würde damit von 357 000 auf 169 000 herabgesetzt werden.

(!!!) **Die Bierpreise** waren Gegenstand einer Besprechung, die am 22. Januar zwischen Vertretern der Provinzial-Preisprüfungsstelle in Münster und des Gastwirtegewerbes in Rheinland und Westfalen statt. Es wurden folgende gestaffelte Zuschläge auf den Biergestehungspreis für zulässig erklärt: Gruppe 1: Einfache Lokale ohne Kellner-Bedienung und ohne besondere Unkosten, Auffschlag auf den Gestehungspreis des Bieres 100 Prozent. Gruppe 2: Mittlere, bürgerliche Lokale mit Bedienungspersonal, kalter und einfacher warmer Küche, Auffschlag 125 Prozent. Gruppe 3: Besser ausgestaltete Lokale mit höheren Unkosten, Kellner-Bedienung, warmer Küche, einschließlich Hotel-Restaurants, Auffschlag 150 Prozent. Gruppe 4: Konzert Cafes und Lokale mit künstlerischen Darbietungen ohne besonderes Eintrittsgeld, Auffschlag 200 Prozent. Eine Abrundung nach oben ist zulässig. Die Preisprüfungsstelle erklärte ausdrücklich hierzu, daß, sofern die gastwirtsgewerblichen Betriebe die vorstehenden Auffschläge auf die Gestehungspreise bei Berechnung der Verschankpreise innehalten, für die Preisprüfungsstellen kein Anlaß zum Eingreifen gegeben ist.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt J. X. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand in Olpe; für die Berliner Redaktion: Dr. Krauß in Berlin-Schöneberg.

Die Generalversammlung der gemeinnützigen Baugenossenschaft für den Kreis Olpe
findet nicht am Sonntag, dem 10. Februar 1924, **sondern am Sonntag, dem 24 Februar 1924** zur gleichen Stunde in Finnentrop statt.
Olpe, den 4. Februar 1924. (†338
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der gemeinnützigen Baugenossenschaft für den Kreis Olpe.

Radio — Du Köstlichste der Gaben — Was nützt Du denen, die „AMATO" noch nicht haben.
Radio-Amato,
der beste Empfangsapparat.
Vorzügliche Aufnahmen der Radio-Konzerte, Vorträge, Tagesnachrichten aus
Berlin — London — Paris.
Generalvertreter:
Neheimer Metallindustrie G. m. b. H.
Neheim, Fernsprecher 16 und 500.
Untervertreter, die geeignete Vorführungsräume zur Verfügung haben, an allen Plätzen gesucht.

Platina, Gold u. Silber.
Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zum höchsten Tageskurs
Otto Scherer, Attendorn,
752) Wasserstr. 10.

Zum 100jährigen Todestage der seligen Anna Katharina Emmerich!
Die Herrgottsseele
Aus dem Leben und der Schatzkammer der seligen Anna Katharina Emmerich
von Martin Kreuser.
248 Seiten. Preis 5,— G.-Mk
Zu beziehen durch die
Ruegenberg'sche Buchhandlung, Olpe.

Zuverlässiger, durchaus vertrauenswürdiger
junger Mann
mit guter Ausbildung und angenehmen Umgangsformen für Schreibstube und Laden eines feineren Geschäftes in gutbezahlte, angenehme Dauerstellung nach Siegen gesucht. Eintritt spätestens Ostern. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Bild und allen Zeugnisabschriften, sowie Angabe von Empfehlungen unter †j 303 an diese Zeitung erbeten. Verschwiegenheit zugesichert.

Ia. S. M. Eisenbleche,
Stab-, Band-, I- und U-Eisen,
Lötzinn
sofort ab unserm Lager oder kurzfristig ab Werk lieferbar. (W99)
Will & Hahnenstein G. m. b. H.,
Siegen i. W., Fernsprecher 1624/1625.

Geldschränke und Einmauerschränke
(Fabrikat Pelz)
empfiehlt
Heinrich Clemens, Olpe i. W.
Winterbergstr. 4 Telephon 272
W 31

Große Sendungen
Nähmaschinen
eingetroffen.
Nur beste führende Marken wie
Pfaff, Phönix, Mundlos
Bedeutend herabgesetzte Preise. Zwanglose Besichtigung erwünscht.
Nähmaschinennadeln, Oel usw.
stets vorrätig.
Christian Schöne, Olpe.

Wir suchen für Mittwochs und Samstags geeignete (†342)
Person
zum Reinigen unser. Büroräume
Lifterkraftwerk

Suche zum baldigen Eintritt ein fleißiges properes
Mädchen
f. Küche u. Hausarbeit.
Frau Paul Heuell
Olpe. (†332

Ueber
120 Lehrlinge
sind Ostern 1924 in Handwerkslehre unterzubringen. Meldungen mit Nachweis der Befähigung zur Ausbildung von Lehrlingen zu richten an das
Städtische Waisenhaus in Köln,
Sülzgürtel 47.
Post Klettenberg (†151

Thomasmehl, Ammoniak-Superphosphat, Kali und Kainit
vorrätig. (†341
Wilh Schleifer Nachf.,
Olpe.

Reine
Wollgarnsocken
liefert am billigsten
Strickerei Hecker-Steins,
Heinsberg/W. Preise frei

Breitdreschmaschinen,
neuester Construktion, Benzol u. Rohölmotoren verkaufen billig ab Lager
Gebr. Kremer,
Maschinenfabrik,
Kickenbach (W130
b. Altenhundem
Tel. 98 Amt Kirchhund

Linoleum-
Teppiche
Vorlagen
Läufer
Cocosläufer
Fussmatten
A. Zimmermann,
Olpe b. Landratsamt.
Tel. 290.

Maßschäfte
werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.
Heinr. Reperich,
Schäftemacherei,
Olpe, Winterbergstr. 53.

Bernhard Kevekordes
Aenne Kevekordes
geb. Schmelzer
Vermählte
Schmallenberg Olpe
den 6. Februar 1624.
(†337)

Statt Karten.
Landesrat
Bernhard Salzmann
Maria Salzmann
geb. Brill
geben ihre VERMÄHLUNG bekannt.
Münster i W., den 6. Februar 1924
(†339)

Ein Inserat im SV hat stets Erfolg

Erstklassige
Ruhrkohlen u. Koks
für Industrie und Hausbrandzwecke
liefern direkt ab Zeche und zu den billigsten Preisen
Alfred Holländer G. m. b. H.
Freudenberg (Kreis Siegen),
Fernspr.: Amt Freudenberg Nr. 11 u. 89.